



Pressemitteilung

30.07.2020

Schule und Ausbildung: Caritas fordert deutliche Anstrengungen der Politik, um verschärfter Bildungsungleichheit entgegenzuwirken

Gemeinsame Pressemitteilung des Deutschen Caritasverbandes und seiner Fachverbände BVkE, IN VIA, SkF, SKM und VKJF

Freiburg/Dortmund, 30.07.2020. Nächste Woche gehen die ersten Schülerinnen und Schüler in Deutschland wieder in die Schule und für andere beginnt mit der Ausbildung ein neuer Lebensabschnitt. Doch die Chancen und Erfolgsaussichten sind sehr unterschiedlich. „Wie wir schon lange wissen, sind in Deutschland die Bildungschancen sehr ungleich verteilt und die Corona-Pandemie hat dies noch erheblich verschärft“, so Caritas-Präsident Peter Neher. „Es braucht nun eine zusätzliche Kraftanstrengung aller Verantwortlichen, um zu vermeiden, dass Schülerinnen und Schüler abgehängt werden und dass Jugendliche die Schule verlassen, ohne eine Perspektive auf einen Ausbildungsplatz zu haben.“

Schule: Schulsozialarbeit ausbauen, digitale Ausstattung und Medienkompetenz stärken

Der Caritas-Fachverband IN VIA hat über die vergangenen Monate Rückmeldungen der Jugendsozialarbeiterinnen und -arbeiter gesammelt. Daraus wird deutlich: Junge Menschen brauchen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die sie individuell und vor allem emotional unterstützen. Die Kontaktmöglichkeit zu Bezugspersonen auch außerhalb der Familie, z.B. zu pädagogischen Fachkräften, ist essentiell. Hierfür muss Schulsozialarbeit verlässlich ausgestattet und finanziert sein.

Die geplante Reform der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) bietet die Gelegenheit, die Schulsozialarbeit systematisch auszubauen und nachhaltig abzusichern. Eine gemeinsame Finanzierung aus Jugendhilfe- und Schuletat ist zu prüfen – derzeit ist die Schulsozialarbeit bundesweit sehr unterschiedlich aufgestellt und finanziert.

In den Schulen fehlt es zudem an digitaler Ausstattung und an durchdachten Konzepten für digitales Lernen. Der Deutsche Caritasverband fordert, dass alle bedürftigen Kinder und Jugendlichen mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Für den Fall, dass dies nicht über die Schulen geschieht, muss für alle jungen Menschen, die Transferleistungen beziehen, ein rechtssicherer Anspruch auf die nötigen Geräte geschaffen werden.

Die vergangenen Monate haben auch gezeigt, dass es dringend pädagogische Konzepte zur digitalen Bildung braucht. Auch die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter müssen bei der Erarbeitung dieser Konzepte eingebunden werden.



Ganztagsangebote über bloße Betreuung hinaus

Ganztagsangebote spielen eine herausragende Rolle bei der Sicherstellung von Teilhabe für alle Grundschul Kinder. Im September soll das Gesetzgebungsverfahren zur Verankerung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in Schulen und Kindertagesstätten beginnen. Die Caritas und ihre Fachverbände wissen aus der Praxis, dass der Bedarf an einem Ausbau des Angebots vor Ort groß ist. Für einen gelingenden Ausbau braucht es aber mehr passend ausgebildetes Personal, unter Beteiligung von Kindern erarbeitete pädagogische Konzepte, bauliche Investitionen – für die die Mittel aus dem Sondervermögen und dem Konjunkturpaket absehbar nicht ausreichen werden – und eine nachhaltige Absicherung der Betriebskosten.

„Immer wieder muss darauf verwiesen werden, dass Ganztagsangebote nicht bloße Betreuungsangebote sein dürfen. Es braucht endlich Qualitätsstandards, die für alle gelten, einen angemessenen Personalschlüssel, die entsprechenden Räumlichkeiten und Freiräume. Die Kinder brauchen Möglichkeiten, ihre Zeit und ihr Umfeld selbst zu gestalten. Wir brauchen multiprofessionelle Teams, in denen ergänzend zu pädagogischen Fachkräften auch Fachkräfte aus anderen Bereichen ihr Können einbringen“, so der Caritas-Präsident. So könnten beispielsweise Schreinerinnen oder Gärtner mit pädagogischer Zusatzqualifikation eingesetzt werden.

Berufsorientierung und -einstieg als große Baustelle

Die in den Schulen angesiedelte Berufseinstiegsbegleitung ist nicht ausreichend finanziert und deshalb nicht flächendeckend umgesetzt. Das Angebot richtet sich insbesondere an Schülerinnen und Schüler, die den Abschluss der allgemeinbildenden Schule oder den Übergang in eine Berufsausbildung nicht ohne Unterstützung bewältigen werden. Diese jungen Menschen laufen Gefahr, ohne Perspektive aus dem Schulsystem entlassen zu werden. Bund und Länder müssen Verantwortung für bedarfsgerechte und gesicherte Angebote der Berufseinstiegsbegleitung übernehmen.

Die Situation ist umso akuter, weil es dieses Jahr weniger Ausbildungsplätze gibt als sonst. Das betrifft nicht zuletzt Branchen, die traditionell relativ viele junge Menschen mit Hauptschulabschluss ausbilden, darunter z. B. Gastronomie und Hotellerie. Die Jugendlichen, die ohnehin eher schlechte Startchancen haben, drohen somit, noch mehr abgehängt zu werden.

Der BVkE (Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe) vertritt rund 460 Mitglieder, die bundesweit Hilfen zur Erziehung im stationären, teilstationären, ambulanten und im Beratungsbereich anbieten; IN VIA (Katholischer Verband für Mädchen und Frauensozialarbeit) engagiert sich für Frauen und junge Menschen: Migrationsdienste, Schulsozialarbeit, Jugendberufshilfe, Jugendwohnheime, Mädchentreffs und Bahnhofsmissionen; der SkF (Sozialdienst katholischer Frauen) bietet in rund 150 Ortsvereinen Beratung und Hilfe für Frauen und Familien sowie in der Kinder- und Jugendhilfe an; der SKM Bundesverband ist in der Jugend- und Familienhilfe, der Hilfe für wohnungslose, straffällige, überschuldete Menschen und Bewohner sozialer Brennpunkte und der rechtlichen Betreuung aktiv; der VKJF (Verband katholischer Jugendfürsorge) ist ein Zusammenschluss der Jugendfürsorgevereine der Diözesen Augsburg, Regensburg und Speyer sowie der Erzdiözese München-Freising.